

KANDIDATEN

Die Vaternörder

(siehe Titelbild*)

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.
Aber wo geht sie hin?

Bertolt Brecht

Längst ehe 38,6 Millionen wahlberechtigten Bundesbürgern am 28. September die Wahlkabinen geöffnet werden, hat eine Minderheit von weniger als einem viertel Prozent der Bevölkerung, hat ein Zehntel der 1,3 Millionen eingeschriebenen Parteimitglieder die Entscheidung vorfabriziert.

Wer die Chance erhält, unter die 500 Mitregierer im Hohen Haus zu gelangen, wer in 248 Wahlkreisen und auf

deutschen Legislative angewandt, dessen hanebüchene Zufälligkeiten es schon Konrad Adenauer als „Trauerspiel“ erscheinen ließ.

Oberpostlat Dr. Erich Riedl, 36, CSU-Kandidat im Wahlkreis 207 München-Süd, über seine Nominierung: „80 engagierte CSU-Leute bestimmen, wer 200 000 Wahlberechtigten angeboten wird.“

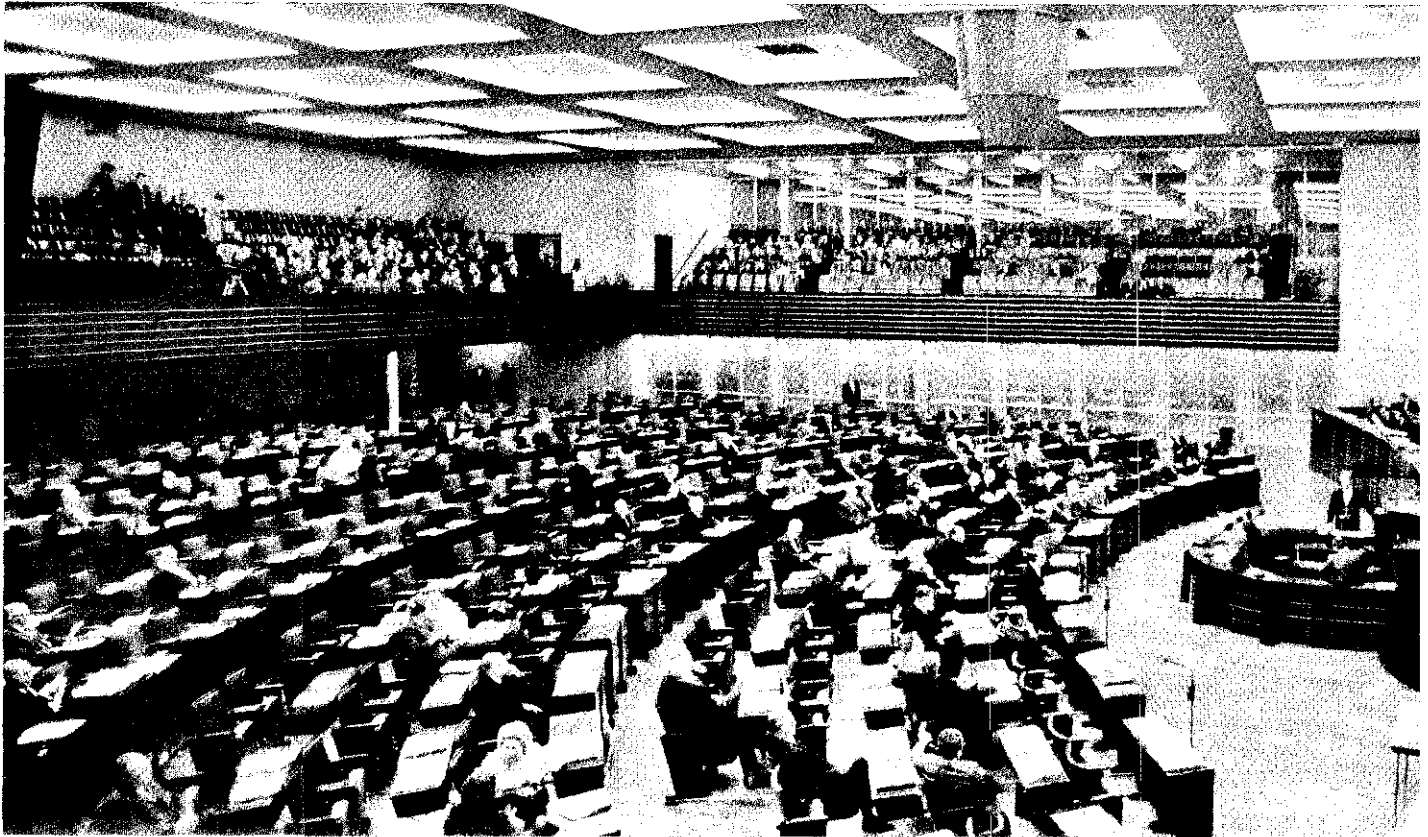
Und doch war die Kandidaten-Kür 1969 ganz anders als sonst. Im dritten Jahr der Großen Koalition, im Jahr nach Dutschke, Notstandsgesetzen und Vorbeugungshaft-Plänen bekehrten junge Opponenten allenthalben gegen das alteingesessene Partei-Management auf.

Zum erstenmal schwappte eine Grundwelle von Kritik und Kampfbe-

Im Wahlkreis 127 Kassel stellten verstörte Altgenossen nach der Nominierungssitzung fest, „daß es eine solche bewegte Delegiertenkonferenz noch nie gegeben hat“, und der Steppenbrand parteiinterner Opposition breitete sich in Hessen so gefährlich aus, daß die „Süddeutsche Zeitung“ von einem „Aufstand ohne Beispiel“ sprach.

Die SPD-Linken sahen bei der Kandidaten-Kür nach über zwei Jahren frustrierender Opposition gegen die Parteilinie endlich die Chance, ihr politisches Kontrastprogramm vorzutragen.

Teils rannten sie frontal gegen die etablierten Parteikader an und blieben geschlagen auf der Strecke, teils tarnen sie ihren Angriff mit pragmatischen



Kandidaten-Ziel Deutscher Bundestag: Ein Aufstand ohne Beispiel mit Gaunertricks und Überfällen

zehn Landeslisten den Stimmbürgern offeriert wird, darüber haben nach monatelangen internen Debatten und Abstimmungen die Kader der aktiven Parteimitglieder entschieden.

Wieder, wie alle vier Jahre, hat bei der Kandidatenauswahl das Monopol der Parteien triumphiert, das Theodor Eschenburg ein „ehernes Organisationsgesetz“ der Massendemokratie nennt. Wieder haben „groteske kleine Gruppen“, so die „Welt“, in Hunderten von Mini-Wahlen zwischen Rendsburg und Rosenheim ein Auslese-Verfahren für die Besetzung der

reitschaft ins Kandidaten-Palaver und brachte den ehrwürdigen Prozeß der Klüngelerei durcheinander. Statt allein Anciennität und Parteiverdienste, Wünsche von Interessenten und Mächtigen, Vereinsmeierei und Dorfpolitik im Hinterzimmer gegeneinander aufzuwiegen und den passenden Bewerber dann durch Akklamation wählen zu lassen, mußten die Kandidatenmacher sich in nie gekanntem Umfang zum offenen Gefecht stellen.

Wie ein „reißendes Wetter“ (CDU-Pressesprecher Arthur Rathke) brach die Junge Union über viele Kandidatenwahlen herein. „Gaunertricks“ und „Überfälle nach Art von Heckenschützen“ warf Max Archimowicz, Geschäftsführer des SPD-Bezirks Niederrhein, den Jungsozialisten vor.

schen Argumenten und setzten sich durch.

Die machtbewußten CDU-Jungmännern witterten ihre Chance, politische Ambitionen im Jahr der Unruhe früher zu verwirklichen als gehofft, wieder einmal — nach einem Vers des DDR-Bänkelsängers Wolf Biermann — auf den roten Flammen ihr schwarzes Stüppchen zu kochen.

Selbst bornierte Funktionäre begriffen, daß es opportun sei, intellektuelle Kandidaten mit modernem Anstrich und alerte Jung-Manager mit dem Hauch der großen weiten Welt zu präsentieren. Nie zuvor war die Flakhelfer-Generation um 40 Jahre, waren die beruflich frisch Arrivierten, die Techniker der Macht so zahlreich ver-

* SPD-Delegierten-Versammlung im Kasino des Turner-Bundes im holsteinischen Elmshorn. Im Vordergrund der sozialdemokratische Direkt-Kandidat, Dr. Hans-Ulrich Brand, 39.

treten wie in dieser Kandidaten-Saison.

Und ganz neu war, daß sich gegen den allerorten pflichtschuldig begrüßten Technokraten-Nachwuchs bereits eine neue Front gebildet hatte: die der ganz Jungen, die keinem über 30 trauen.

Die Kampfabstimmung über zwei oder mehrere Anwärter, meist der Versuch politischen Vaternorms junger Parteimitglieder an älteren, war in diesem Jahr schon fast alltäglich. Und nichts fürchten die Partei-Regisseure mehr, nichts suchen sie so entschlossen zu verhindern.

Es entspricht dem auf Ordnung und Unterordnung gerichteten Sinn deutscher Polit-Patriarchen, „daß ein Vorgang, der in demokratisch strukturier-

den oder Abweichen von der politischen Linie der Partei ohne größere Schwierigkeiten möglich“.

Noch bei der Kandidaten-Aufstellung für die Bundestagswahl 1965 hatte es nur relativ selten Kampfabstimmungen gegeben. In 228 der 248 Wahlkreise war es damals, so ermittelte Zeuner, bei Sozial- und Christdemokraten zu insgesamt 71 Kämpfen gekommen,

▷ 23 bei der SPD,

▷ 48 bei der CDU/CSU.

Im Wahljahr 1969 aber, das ergab eine SPIEGEL-Untersuchung der beiden großen Parteien in allen 248 Wahlkreisen, fanden im ganzen 120 Abstimmungskämpfe statt,

▷ 74 bei der SPD,

▷ 46 bei der CDU/CSU.

Auch die Ruhe im christlichen Lager war nur statistische Täuschung. Denn in zahlreichen Fällen hatte die Junge Union ihren Angriff auf das Partei-Establishment schon durchgeführt und eigenen Kandidaten zum Sieg verholfen, ehe es zur Abstimmung kam. Und wo ein Stimm-Test nötig wurde, ließen die Rebellen oft alle bürgerliche Sittsamkeit fahren.

CDU-Altparlamentarier Joseph Illerhaus, 66, der nach 18 Jahren Herrschaft im Wahlkreis 79 Mönchengladbach unter dem Druck junger Parteifreunde auf eine neue Kandidatur verzichtet hatte, beklagte öffentlich, daß die Methoden, „mit denen man Mitbewerber um die Bundestagskandidatur nach vorne brachte“, seiner Auffassung von „politischem Konkurrenzkampf nicht entsprachen“.

Auch das FDP-Management sah sich ungewohntem Ungehorsam gegenüber. Bei den Liberalen ging die Auseinandersetzung weniger um Wahlkreis-Kandidaturen, denn die Partei kann nicht hoffen, auch nur einen Bewerber in direkter Wahl nach Bonn zu bringen. Umkämpft waren dafür die aussichtsreichen obersten Plätze auf den Landeslisten. In Niedersachsen und Hessen brachen Kandidaten der FDP-Jugend in die für sicher gehaltene Listen-Domäne der Parteifunktionäre ein.

Nur in Adolf von Thaddens rechts-radikaler Kämpfer-Partei gab es um die aussichtsreichen Plätze keine Kampfabstimmungen. Bei der Auswahl der NPD-Kandidaten klappte das Führerprinzip wie auf Reichsparteitagen. Allein 57 Bewerber kommen aus der Deutschen Reichspartei, 22 sogar aus der NSDAP vor 1933.

Freilich, auch die Regierungsparteien blieben in den Kandidaten-Kämpfen ihren politischen Grundmustern treu:

▷ Den Vaternormern der Christen-Union ging es vor allem um den sicheren Zugang zur Macht in Wahlkreisen mit garantierten CDU-Mehrheiten;

▷ die SPD-Rebellen stritten zumeist für politische Prinzipien, ohne

Rücksicht darauf, daß die von ihnen umkämpften Kandidaturen in der Mehrzahl der Fälle keine Aussicht auf Wahlerfolg boten.

Der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) hatte schon auf seiner Saarbrücker Bundestagung im Sommer letzten Jahres beschlossen, die Kandidatenaufstellung zum Anlaß zu nehmen, mit jenen SPD-Abgeordneten abzurechnen, die im Mai 1968 für die Notstandsgesetze gestimmt hatten. Und Niels Kadritzke, SHB-Promoter der Studentenrevolte von Berlin, proklamierte, „daß die Mitgliedschaft in der SPD heute nur noch von der Frage abhängt, ob der heutigen Parteiführung innerhalb oder außerhalb der Partei mehr Schwierigkeiten gemacht werden können“.

Schwierigkeiten bei der Nominierung der Kandidaten machten Jungsozialisten (Parteilargon: „Jusos“), SHB-Studenten, linke Gewerkschaftler und generell die Gegner der Großen Koalition.

Sie zwangen die von August Bebel disziplinierte Partei, die beträchtliche Erfahrungen darin besitzt, abweichende Minderheiten auf Vordermann zu bringen, zu offenen Auseinandersetzungen. Die Aufständischen sorgten dafür, daß es in fast jedem dritten der insgesamt 248 Wahlkreise zum Kampf um die SPD-Kandidatur kam.

Im konservativen Bayern zwar erzwangen die Partei-Frondeure nur in fünf von 44 Wahlkreisen eine Kampfabstimmung, und in den fünf saarländischen Wahlkreisen gab es überhaupt keine. In Baden-Württemberg jedoch sah beinahe die Hälfte der 36 Wahlkreise eine Konfrontation, in Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen jeweils rund ein Drittel.

Sogar Schleswig-Holstein, das seine SPD-Kandidaten 1965 noch kampflos benannt hatte, erlebte diesmal in einem Viertel der Wahlkreise Kampfabstimmungen.

Im westlichen Westfalen, zwischen Bochum und Münster, kam es in acht von 26 Wahlkreisen zu Konkurrenzkämpfen. Die Genossen in Dortmund, die stolz darauf sind, dem größten und traditionsgemäß ruhigsten SPD-Bezirk vorzustehen, und die 1965 noch stark genug gewesen waren, fast jede Kampfabstimmung zu verhindern, versuchten, dem Unglaublichen einen Sinn zu geben. Bezirkssekretär Ernst Knäpper: „Ein Beweis für die Vitalität der Partei.“

Knäpper fiel die Gelassenheit leicht. Denn überall, wo die parteiinterne Opposition ihr Vorhaben öffentlich angekündigt und der Vorstand somit, wie in Dortmund, Zeit gehabt hatte, Vorsorge zu treffen, war es dem Establishment gelungen, die Mehrheit für seine Kandidaten am Ende doch zu gewinnen.

Schlechter sah es für den Vorstand aus, wenn ohne Vorankündigung Alternativkandidaten präsentiert wurden. Oft hatten die Opponenten sogar die Manager bewußt in dem

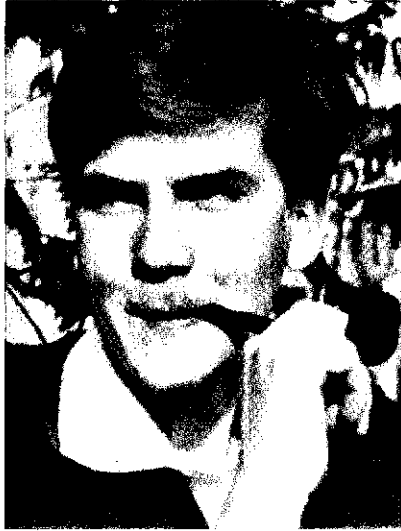


nach Art von Heckenschützen?

ten Organisationen eigentlich der Normalfall sein müßte, nämlich die demokratische Entscheidung über Alternativen, in Wirklichkeit als negativ bewerteter Ausnahmefall angesehen wird“, so der Berliner Politologe Bodo Zeuner*.

„Es ist nicht gut“, meinte der Chef der Jungen Union in Freiburg, Wolfgang Scheuble, „in der Öffentlichkeit die Qualität des Kandidaten breit zu diskutieren.“ Ein Wechsel der Mandatsträger war bislang nach Meinung des Hamburger SPD-Abgeordneten Dr. Hans Apel „nur bei Tod, Altwere-

* Dr. Bodo Zeuner: „Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965. Untersuchungen zur innerparteilichen Willensbildung und zur politischen Führungsauslese“. Erscheint im Oktober 1969 im Nijhoff-Verlag, Den Haag.



SPD-MdB Schmitt-Vockenhausen, Gegner von Auer: Unsittliche Waffe

Glauben bestärkt, daß alles glatt gehen werde.

In Düsseldorf beispielsweise wurden die Regisseure kalt erwischt: Uralt-Parlamentarier Willy Könen, 61, bekam erst auf der Delegiertenkonferenz einen Gegenkandidaten präsentiert und stand wenige Minuten später, nach 16 Jahren, am Ende seiner Bonner Karriere.

Und weil es ums Prinzip ging, waren den Linken alle Mittel recht. Sogar die Debatte zur Person, bislang geradezu als unsittlich geächtete Waffe, blieb den Konferenz-Dirigenten in diesem Jahr nicht erspart. Juso Frank von Auer, 29, einst Vorsitzender des Liberalen Studentenbundes (LSB), attackierte auf der SPD-Delegiertenversammlung im Wahlkreis 143 Groß-Gerau vor den Kameras des ZDF den Parteibonzen und permanenten Abgeordneten Hermann Schmitt-Vockenhausen: „Sechzehn Jahre lang ist dieser Wahlkreis durch einen Mann vertreten worden, dessen politische Haltung sich mit den Jahren zunehmend den hier vertretenen Auffassungen entfremdet hat... Wir hier brauchen einen Abgeordneten, der kein Gegner der Gewerkschaften ist, der nicht aktiv daran mitarbeitet, die Substanz unseres Grundgesetzes zu zerstören.“

Wie Schmitt-Vockenhausen (Partei-Spitzname „HSV“ oder „Schmott“) mußten erstmals auch andere Götter des Bonner Olymps um die erneute Nominierung kämpfen. Zu ihnen gehörten der Spitzenkandidat der Bremer Genossen, Hermann Hansing, und der SPD-Riegenführer in Hannover und Chef der Bonner Kanalarbeiter, Egon Franke. Franke mußte, so ein Delegierter, „alles aufbieten, was laufen konnte“, um den Juso-Favoriten Siegfried Potthoff, 42, mit 35 zu 11 Stimmen aus dem Feld zu schlagen.

Im Wahlkreis 59 Köln I traf der Protest der Linken den Bundesgeschäftsführer der Partei, Hans-Jürgen („Ben Wisch“) Wischniewski, der sich mit nur 162 zu 102 Stimmen gegen den IG Metall- und Betriebsratsvorsitzenden

der Kölner Ford-Werke, Günther E. Tolusch, 41, durchsetzen konnte.

Um ihre Plätze in Kassel und Marburg mußten auch die Parlamentarischen Staatssekretäre Gerhard Jahn (Außenministerium) und Holger Börner (Verkehrsministerium) kämpfen. Börners Chef Georg Leber, der im Aktionszentrum Frankfurt der SPD-Linken antrat, siegte mit 83 zu 46 Stimmen wenig eindrucksvoll über den Juso und Geschichts-Doktoranden Karsten Dietrich Voigt, 27.

In einigen Fällen ließen die Auf-rührer Prominenz gegen Prominenz antreten. Die Kandidatur im Wahlkreis 194 Reutlingen machte dem

Staatssekretär Friedrich Schäfer aus dem Bundesratsministerium der Tübinger Politprofessor Klaus von Beyme, 34, streitig. Schäfer siegte nach scharfer Debatte mit 85 zu 64 Stimmen.

Im bayrischen Miesbach trat Erfolgsautor Bernt Engelman („Meine Freunde, die Millionäre“) gegen den prominenten Parlamentssenioren Georg Kahn-Ackermann an und unterlag mit 13 zu 40 Stimmen.

Wo der Wunsch Kandidat der Parteiobere nicht durchkam, griffen die Verlierer oft zu Advokatenrücken. Im Wahlkreis 98 Gelsenkirchen II beispielsweise war es den Linken überraschend gelungen, die vom Vorstand vorgeschlagene Wiedernominierung des Mandatsinhabers zu verhindern und einen eigenen Kandidaten durchzubringen.

Nun erst besann sich der Vorstand darauf, daß die Versammlung nur ein zweifelhaftes Mandat besaß, weil die Delegierten nicht exakt nach den Bestimmungen des Bundesparteien- und Bundeswahlgesetzes gewählt worden seien.

Die Abwahl des alten Abgeordneten wurde annulliert, die Delegierten neu gewählt, und in der neuen Delegiertenkonferenz hatte der Vorstand die Mehrheit zurückgewonnen. Sein Protegé wurde mit 88 zu 80 Stimmen nominiert.

Nur ein einziges Mal kamen Links-Opportunisten, die für politische Grundsätze in den Kampf zogen, zum Erfolg: im Wahlkreis 138 Wiesbaden, wo der bisherige SPD-Kandidat und Bonner Abgeordnete Karl-Walter Fritz die Rechnung dafür präsentiert bekam, daß er die Notstandsverfas-

DER WEG ZUR KANDIDATUR

Das Verfahren, nach dem Bundestagskandidaten aufgestellt werden, ist durch Gesetze vorgeschrieben.

Das Bundesgesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) bestimmt in

▷ Paragraph 17: „Die Aufstellung von Bewerbern für Wahlen zu Volksvertretungen muß in geheimer Abstimmung erfolgen.“

Das Bundeswahlgesetz bestimmt in

▷ Paragraph 22 Absatz 1: „Als Bewerber einer Partei kann in einem Kreiswahlvorschlag nur benannt werden, wer in einer Versammlung der wahlberechtigten Mitglieder der Partei im Wahlkreis oder in einer Versammlung der von den wahlberechtigten Mitgliedern der Partei im Wahlkreis aus ihrer Mitte gewählten Vertreter in geheimer Abstimmung hierzu gewählt worden ist“;

▷ Absatz 3: „In den Großstädten, die mehrere Wahlkreise umfassen, können die Bewerber für diese Wahlkreise in einer gemeinsamen Mitglieder- oder Vertreterversammlung gewählt werden“;

▷ Absatz 4: „Der Landesvorstand oder eine andere in der Parteisatzung hierfür vorgesehene Stelle kann gegen den Beschluß einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung Einspruch erheben. Auf einen solchen Einspruch ist die Abstimmung zu wiederholen. Ihr Ergebnis ist endgültig“;

▷ Absatz 5: „Das Nähere über die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung, über die Einberufung und Beschlußfähigkeit der Mitglieder- oder Vertreterversammlung sowie über das Verfahren für die Wahl des Bewerbers regeln die Parteien durch ihre Satzungen.“

sung befürwortet hatte. Eine Koalition von Jusos und linken Gewerkschaftlern hatte in Wiesbaden dem Sozialpfarrer Horst Krockert, 45, Leiter des Amts für Industrie- und Sozialarbeit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, gegen Notständler Fritz aufgestellt.

Vergeblich attestierte Staatssekretär Karl Wittrock aus dem Bonner Verkehrsministerium, früher selber Abgeordneter im Wiesbadener Wahlkreis, dem bedrängten Bonner Kollegen „großen Fleiß und treue Bekenntnisse“. Fritz verlor mit 104 zu 115 Stimmen seine Kandidatur und das fast sichere neue Mandat und klagte vor Parteifreunden: „Mich hat der Notstand gekippt.“

Juso-Chef Jörg Jordan aus Wiesbaden fühlt sich seither in seiner Auffassung bestärkt, „daß noch nicht alle systemimmanenten Möglichkeiten erschöpft sind, der galoppierenden Entdemokratisierung der Bundesrepublik zu begegnen und den Kurs der SPD in einem langen Marsch auf den Weg des demokratischen Sozialismus zurückzuführen“. Erfolgreicher im System waren die Jusos freilich, wenn sie nicht als „programmorientierte Gruppen“ (Zeuner) auftraten. Denn Programm-Verfechter und Prinzipienstreiter hatten nach den Erkenntnissen des Berliner Politologen „für die Wahlkreisnominierung bislang stets nur eine marginale Rolle“ gespielt.

Wo die linke Opposition sich nicht auf Notstand und Große Koalition versteifte, sondern sich eher pragmatisch den latenten Unmut des Parteivolkes gegen die Selbstherrlichkeit des Vorstands zunutze machte, wo sie moderner und aktiver zu sein versprach als die amtierenden Funktionäre, da kam sie auch zu Erfolgen:

- ▷ In Lübeck warf der erst 29 Jahre alte Björn Engholm den seit 1953 im Bundestag sitzenden Tischlermeister Karl Regling mit 108 zu 49 Stimmen aus dem Rennen;
- ▷ in Göttingen besiegte der Juso-Kandidat und Historiker Dr. Günther Wichert, 34, den Unterbezirksvorsitzenden Dr. Karl Fritz Heise, 44, der die Unterstützung des Vorstands hatte, mit 49 zu 44 Stimmen;
- ▷ in Münster siegten die Jusos mit dem Studienassessor Karl-Heinz Walkhoff, 33, gegen den IG-Metall-Bezirksvorsitzenden Hans Janssen mit 34 zu 19 Stimmen;
- ▷ im Kiesinger-Wahlkreis Waldshut kam der Juso-Kandidat Rainer Offergeld, 31, im zweiten Wahlgang gegen Manfred Rauer, 42, mit 55 zu 30 Stimmen zum Zuge.

Die von dem SPD-MdB und ehemaligen Chefredakteur des theoretischen SPD-Organs „Die neue Gesellschaft“ Ulrich Lohmar beschriebene Misere der innerparteilichen Demokratie, daß die „große Mehrheit der Mitglieder auf das Geschehen keinen oder nur sehr geringen Einfluß hat“, daß die ehrenamtlichen und ständigen Mitarbeiter die eigentlichen Parteibürger seien,



Engholm



Wichert



Walkhoff



Offergeld

Siegreiche Juso-Kandidaten
„Langer Marsch zum Sozialismus“

schießen sich gebessert zu haben. Die kritischen Parteibürger haben weit mehr erreicht, als sie nach den Erfahrungen von 1965 und allen anderen Wahljahren in der Geschichte der Bundesrepublik erwarten durften.

Es hat mehr innerparteiliche Demokratie bei der Nominierung der SPD-Kandidaten gegeben als je zuvor. Der „Stilbruch“ der Kampfabstimmung ist, wie die „Frankfurter Rundschau“ schrieb, zu einem „Hoffnungsschimmer“ geworden.

Den Managern der christdemokratischen Staatspartei waren solche Konflikte seit je vertrauter als den Genossen, wenn auch genauso zuwider. Wo eine CDU-Kandidatur vakant wurde, waren Kampfabstimmungen über mehrere Bewerber schon immer CDU-Norm.

„Die Alternativabstimmung in einem Wahlkreis“, so Bodo Zeuner, sei „bei der CDU/CSU eine relativ typische Karriereprüfung, die von einem großen Teil wenigstens der Wahlkreisabgeordneten dieser Partei irgendwann einmal absolviert worden ist“.

Anders als bei der SPD, aktivierte bei der CDU die Aussicht auf einen sicheren Wahlkreis und somit einen Sitz im Parlament den Macht-Instinkt der Junioren und ihre Bereitschaft zum Kampf. Schon 1965 hatten rund 70 Prozent aller CDU/CSU-Kampfabstimmungen in Wahlkreisen mit klaren schwarzen Mehrheiten stattgefunden.

Auch in diesem Jahr bewies der CDU/CSU-Nachwuchs, daß er weniger an der politischen Grundlinie seiner Partei interessiert ist als daran, mit organisatorischem Geschick und Selbstbewußtsein zur Macht vorzustoßen.

Im Wahlkreis 190 Freiburg erhielt Dr. Hermann Kopf, 68, Vorsitzender des Bonner Auswärtigen Ausschusses, zum erstenmal seit 1949 einen Gegenkandidaten. Die Kopfjäger der Jungen Union, denen 20 Jahre Parlamentszugehörigkeit genug schienen, siegten nach einer intensiven Anti-Kopf-Kampagne in Vereinslokalen und auf Bauernhöfen mit 51 zu 35 Stimmen und nominierten den Freiburger Stadtkämmerer Dr. Hans Otto Evers, 44.

Andere Veteranen resignierten freiwillig oder wichen im Vertrauen auf einen guten Listenplatz in hoffnungslose Wahlkreise aus, wie der frühere Bonner Vielzweckminister Theodor Blank, der von Bocholt nach Wanne-Eickel-Wattenscheid abwanderte.

Als ideales Sprungbrett für eine Bonner CDU-Karriere erwiesen sich Führungsposten in der Jungen Union. Denn im Gegensatz zu den Jungsozialisten haben sich die Jungchristen immer als angepaßte Manager-Reserve ihrer Partei begriffen.

Einen Durchmarsch ohne Kampfabstimmung schafften zwei der jüngsten Union-Kandidaten: im Wahlkreis 80 Krefeld Horst Günter Jöbges, 28, Vorsitzender des Landespräsidiums der Jungen Union Nordrhein-Westfalens; im Wahlkreis 160 Neustadt-Speyer-



Durchgefallener **Blachstein** (SPD)
Einmischung von oben

er der Landesvorsitzende der Jungen Union in Rheinland-Pfalz, Dr. Georg Gölter, 29.

Für die Nachfolge des in Ruhestand tretenden Juristen Professor Dr. Eduard Wahl hatten die CDU-Honoratioren in Heidelberg den ehemaligen deutschen Generalkonsul in New York, Klaus Curtius, 62, vorgesehen. Zwar hatte die Junge Union Dr. Peter Molt, 39, den Geschäftsführer des Deutschen Entwicklungsdienstes in Bad Godesberg, als Gegenkandidaten benannt. Dennoch schien zunächst für die Alten alles nach Plan zu gehen.

Die Delegiertenkonferenz im „Ritter“ zu Schwetzingen am 8. März dieses Jahres verlief „äußerst harmonisch“ („Rhein-Neckar-Zeitung“). Lange Gesichter am Vorstandstisch gab es erst nach der geheimen Abstimmung: Molt siegte über Curtius mit 88 zu 51 Stimmen.

Eine bittere Niederlage allerdings erlitt die Junge Union bei der Wiederaufstellung des dubiosen CSU-



Durchgefallener von der **Hedde** (CSU)
Abfuhr für Karrieristen

MdB und Strauß-Vertrauten Friedrich Zimmermann, 43, im Wahlkreis 214 Landshut. Der christlich-soziale Parteienachwuchs nahm daran Anstoß, daß der Vorsitzende des Bonner Verteidigungsausschusses im Zusammenhang mit dem bayrischen Spielbankenskandal in ein Meineidsverfahren verwickelt gewesen war.

Franz-Josef Strauß warf sich persönlich für seinen Gefolgsmann in die Schlacht: Im Café Kneitinger zu Abensberg hämmerte Strauß, der bei Anti-CSU-Prozessen stets Rechtsbruch wittert, den Parteifreunden ein, das Meineidsverfahren sei „eines der dunkelsten Kapitel der bayrischen Justiz, ein Verbrechen der Verfolgung Unschuldiger“. Dennoch nahm der Vorstand der Jungen Union von Landshut einstimmig eine Resolution an, in der er sich „entschieden“ gegen die Nominierung von Friedrich Zimmermann aussprach.

Aber die Mehrheit der Delegierten blieb hinter Franz-Josef Strauß: Mit 20 von 30 Stimmen wurde Zimmermann CSU-Kandidat von Landshut.

Was Strauß in Landshut gelang — direkte Einflußnahme der Parteispitze auf die Kandidatenwahl in den Unterorganisationen —, mißlang allerdings den Führern der anderen Parteien gründlich.

Von einer „zentralen Fraktionsplanung“ (Zeuner) durch die Führungsstäbe der großen Parteien war nichts zu spüren. Vielmehr: je intensiver die Einmischung von oben, desto hartnäckiger der Widerstand von unten.

Bruno Heck, Generalsekretär der CDU, mußte sich im Wahlkreis 175 Schwäbisch Gmünd-Backnang sogar das Recht bestreiten lassen, für die erneute Nominierung des tief gestürzten Eugen Gerstenmaier Partei zu ergreifen. Nur „schlicht als Bruno Heck“, nicht als Bonner Parteiboss, wagte er den verärgerten Delegierten vorsichtig, Gerstenmaier noch einmal aufzureden — ohne Erfolg. Sie wählten den Universitätsassistenten Dieter Schulte, 28.

Auch bei der SPD war der Wunsch des Parteivorstands längst kein Befehl mehr: Die Genossen in Rendsburg-Neumünster weigerten sich, den national-konservativen Chef des Bundes der Vertriebenen, Reinhold Rehs, fürderhin in ihrem Wahlkreis zu dulden. Die Genossen in Pinneberg waren sich rasch einig, es im Wahljahr 1969 ohne ihre alte Abgeordnete und frühere Sekretärin von Kurt Schumacher, Annemarie Renge, 49, zu versuchen. Und die Hamburger SPD wollte ihren Uralt-Parlamentarier, den amtsüden Belgrad-Botschafter Peter Blachstein, 58, loswerden.

Interventionen des Parteivorstands zugunsten von Renger, Rehs und Blachstein blieben ohne Erfolg. Die SPD-Dame holte sich noch eine zweite Abfuhr von den Delegierten im Wahlkreis Bonn-Bad Godesberg, ehe sie in letzter Stunde noch einen Platz im Wahlkreis 77 Neuß-Grevenbroich ergatterte. Reinhold Rehs kam nirgends mehr unter und ging verärgert zur CDU. Peter Blachstein gab bei



Durchgefallener **Kopf** (CDU)
Widerstand von unten

der Hamburger Landesdelegierten-Versammlung bereits nach dem ersten Wahlgang auf.

Die Ohnmacht der Partei-Oberen verdeutlichte, daß auch im Wahljahr 1969 das überkommene Grundmuster der Kandidatenauswahl erhalten blieb. Trotz Unruhe und Kampfbereitschaft junger Rebellen behaupteten die örtlichen Parteikader auch diesmal weitgehend ihre Vormacht bei der Führungsauslese. In der Mehrzahl der Fälle bestimmte immer noch der Kreisvorstand, wer durch Akklamation zu wählen war, und selbst wo es zum Kampf kam, ging es immer noch öfter um lokale Rivalitäten und Animositäten als um Grundsätze der Politik oder der Macht.

Über die Befähigung von Kandidaten für die Arbeit im deutschen Bundestag entscheiden die Provinz-Matadore zumeist eigenwillig und nach Maßstäben, die zur Beurteilung der Volksvertreter-Qualitäten kaum taugen. „Der Zustand der Bundesrepu-



Durchgefallener **Klug** (FDP)
Niederlage für Zopfabschneider



Unterlegener SPD-Bewerber **Schneider**: Verbitterung und Peinlichkeiten

blik", argwöhnte der Elite-Philosoph Karl Jaspers vor drei Jahren, „liegt zum Teil an der Auslese der politisch führenden Persönlichkeiten. Es sind wahrscheinlich nicht die besten.“

Was das Parlament sein soll, ob Geistes-Adel der Nation oder Experten-Elite, ob „Spiegelbild des Volkes“ (Eugen Gerstenmaier) oder Transmissionsriemen zwischen der Provinz und dem Bonner Machtzentrum, darüber gibt es keinen Konsens. Deshalb ist auch — unter Wissenschaftlern wie Politikern — strittig, welches Ausleseverfahren richtig sei und ob das herrschende System die Besten nach Bonn bringe.

Welche Kriterien die Auswahl der Kandidaten bislang bestimmen, ermittelte der Politologe Karlheinz Kaufmann*.

Danach werden von den Wahlmännern honoriert:

- ▷ Prestige des schon einmal gewählten Abgeordneten,
- ▷ Anziehungskraft auf neue Wählerschichten,
- ▷ fachliche Qualifikation,
- ▷ Funktion in der Partei.

Bodo Zeuner entdeckte bei seiner Untersuchung der Kandidatenaufstellung des Jahres 1965 drei weitere Kriterien:

- ▷ Ortsverbundenheit,

- ▷ Bewährung in der Kommunalpolitik und

- ▷ Erwartung hoher Wahlkreis-Aktivität.

Die örtlichen Delegierten bewerten einen Mandatsbewerber, so Zeuner, „weniger danach, was er in Bonn für den Wahlkreis, sondern danach, was er im Wahlkreis für die Partei und in der Partei tat oder zu tun versprach“.

Das Lokalinteresse der Partei zu vernachlässigen hat noch allen Bewerbern geschadet: Das heimatliche Fundament bricht, bevor der Bonner Himmel erstürmt ist.

Das erfuhr zum Beispiel der CSU-Abgeordnete im Wahlkreis 226 Hof, Oberregierungsrat Manfred Schlager, 39. Während Schlager im fernen Bonn Bundespolitik machte und sich nach Meinung der Hofer Parteimitglieder „nicht allzu häufig sehen ließ“, legte der örtliche Landtagsabgeordnete Dr. Jürgen Warnke, 37, die Fundamente zu einer eigenen Bundeskarriere. Er warb fleißig um die Sympathie der Wahlmänner und hob in der entscheidenden Kampfabstimmung Schlager ohne große Mühe aus dem Sattel.

Lohn für geleistete Kleinarbeit erntete auch der SPD-Genosse Kurt Koblit, 52, im Wahlkreis 54 Aachen-Land. Als Unterbezirksvorsitzender hatte er der Ortspartei so eifrig gedient, daß die Delegierten ihren bisherigen Kandidaten Fritz Jung, 41, fallenließen und Koblit nominierten.

Nicht ohne Verbitterung und Peinlichkeiten ging es im bayrischen Wahlkreis 210 Rosenheim ab, wo ein alteingesessener SPD-Parlamentarier durch die Nominierung eines Gegenkandidaten dafür bestraft werden sollte, daß er sich in den vergangenen vier Jahren zu wenig um die Kreisorganisation gekümmert hatte: Fuhrunternehmer Hermann Haage, 56, aus München sah sich nach drei Legislaturperioden zum erstenmal in einen Kampf um seine Nominierung verwickelt. Sein Gegner war der Lehrer Hans Schneider, 31.

Im Rosenheimer Parkhotel eröffneten die Genossen im November letzten Jahres die Diskussion. Es blieb, so berichtete das „Oberbayerische Volksblatt“, in der Hauptsache bei dem Vorwurf, Haage habe sich „zu wenig um seinen Wahlkreis gekümmert... Zum Beispiel war er Schulhauseinweihungen und Plakettenverleihungen ferngeblieben und hatte es versäumt, bei einem großen Empfang einem alten Parteigenossen die Hand zu drücken“.

Außerdem sei Haage als erfolgreicher Unternehmer „etwas der Vorstellungswelt seiner Parteigenossen entrückt“, und es habe den Anschein, daß ihm ein „gewisser Mangel an Kon-

DER WEG INS PARLAMENT

Die 496 stimmberechtigten Abgeordneten des Deutschen Bundestags (weitere 22 werden vom Berliner Abgeordnetenhaus delegiert und haben bei der Gesetzgebung kein Stimmrecht) gelangen auf zwei Wegen ins Parlament:

- ▷ durch direkte Wahl in den 248 Wahlkreisen;
- ▷ über eine Partei-Landesliste.

In den Wahlkreisen können auch parteilose Kandidaten antreten, wenn sie 200 Unterschriften für ihre Kandidatur beibringen. In der Praxis aber stehen nur Partei-Kandidaten zur Wahl, und seit 1957 ist es allein Bewerbern von SPD, CDU und CSU gelungen, direkt gewählt zu werden. Nur sie konnten unter den durchschnittlich 155 000 Stimmbürgern der Wahlkreise die jeweils erforderliche einfache Mehrheit erreichen.

Die meisten Wahlkreise sind traditionell sichere Domänen einer der drei Parteien, deren Kandidaten dort mit ihrer Aufstellung schon so gut wie gewählt sind. Knappe Siege (mit einer Differenz von zwei Prozent oder weniger) gab es 1965 nur in 20 Wahlkreisen, die somit auch in diesem Jahr als unsicher gelten können.

Landeslisten dürfen nur von politischen Parteien aufgestellt werden. Von den Listenkandidaten ziehen jeweils so viele ins Parlament ein, daß die Gesamtzahl der Abgeordneten dem Stimmenanteil der Partei im Land entspricht — vorausgesetzt, die Partei hat bundesweit fünf Prozent der Stimmen oder mindestens drei Direktmandate erreicht. Über die Liste können mithin Kandidaten in den Bundestag gelangen, die im Wahlkreis unterlegen sind oder sich der Direktwahl überhaupt nicht gestellt haben.

* Karlheinz Kaufmann, Helmut Kohl und Peter Molt: „Die Auswahl der Bundestagskandidaten 1957 in zwei Bundesländern“. Klepenheuer & Witsch Verlag, Köln-Berlin, 1961: 244 Seiten; 16,80 Mark.

taktfreudigkeit und Jovialität" zu schaffen mache.

Die SPD-Ortsvereine in Rosenheim-Stadt und -Land wendeten den Fall hin und her. Im Ortsverein Kolbermoor, der sich geschlossen für Haage und gegen Schneider erklärte, wurde darauf hingewiesen, daß eine lange Krankheit den verdienten Abgeordneten daran gehindert habe, „immer da aufzukreuzen, wo gerade eine Einweihungsfeier“ stattfand. Sachliche Kritik sei am Platze, doch müsse bedacht werden, daß ein Abgeordneter kein „Hans Dampf in allen Gassen“ sei.

Altbürgermeister Franz Mühlbauer, Stadt- und Kreisrat sowie Ehrenvorsitzender des SPD-Ortsvereins Mühlendorf, sprach sein „tiefes Bedauern“ aus: „Was da beabsichtigt ist, einen verdienten Bundestagsabgeordneten abzuwählen, ist meines Erachtens einer SPD unwürdig.“ Mühlbauer wies auch auf Haages Verdienste um die Inntal-Autobahn hin. Ausschlaggebend aber war sein Argument, daß der Wahlkreis in direkter Wahl der CSU nicht zu entreißen sei und daß nur der Verkehrsexperte Haage, nicht aber der Lehrer Schneider über einen sicheren Platz auf der bayrischen SPD-Landesliste für den Kreis Rosenheim ins Parlament einziehen könne.

Haage siegte in der Kampfabstimmung mit 73 zu 41 Stimmen.

Selbst Partei-Prominenz ist nicht gegen die Forderung gefeit, auf der untersten Ebene bei Bierabenden und Turnhallen-Einweihungen präsent zu sein. Ulrich Lohmar, SPD-Bildungsexperte, mußte sich im Wahlkreis Paderborn-Wiedenbrück dem Vorwurf seines Gegenkandidaten, des Paderborner Ortsvereins-Vorsitzenden Rech, stellen, er sei mit überregionaler Arbeit so belastet, daß er keine Zeit mehr habe, sich um die Sorgen seines Wahlkreises zu kümmern.

Ortsverbundenheit wurde zum entscheidenden Kriterium, wo zugereiste Karrieristen versuchten, im Hau-ruck-Verfahren eine Kandidatur zu gewinnen. Nur eine einzige Stimme erhielt Friedrich August Freiherr von der Heydte, Professor zu Würzburg und Brigadegeneral der Reserve, als er sich im Wahlkreis 211 Traunstein rasch um ein Mandat bewerben wollte. Er unterlag dem stellvertretenden Landrat und ortsansässigen Sägewerksbesitzer Matthias Engelsberger, 44.

Eine Abfuhr holte sich auch der Bonner Korrespondent des ZDF, Rudolf Woller, der sich Chancen ausgerechnet hatte, Eugen Gerstenmaier im Wahlkreis Schwäbisch Gmünd-Backnang zu beerben. Die Delegierten hatten für Woller keine Verwendung.

Ebenso erfolglos blieb Karl Garbe, dichter Wahlkampf-Manager der SPD im Jahre 1965 („Vor Kaiserslautern sieht man in Getreidestiegen die weißen Wählerinnen mit den Schwarzen liegen“), als er in Witten an der Ruhr zum Kampf um das Erbe Gustav Heinemanns antrat. Garbe hatte nicht die Spur einer Chance gegen den Boß der Wittener Kommunalfraktion, Herbert Baack, 48.



ZDF-Journalist Woller
Im Hau-ruck-Verfahren...

Im Wahlkreis 163 Landau erhielt der aus Bonn zugereiste Wirtschafts-Staatssekretär Klaus von Dohnanyi zwar die SPD-Kandidatur, mußte jedoch versprechen, fortan auch im Wahlkreis zu wohnen. Oskar Böhm, SPD-Bürgermeister von Kandel: „Das geht ganz einfach, denn er hat sonst noch nirgendwo gebaut.“

Die kleinkarierten Motive der örtlichen Kandidatenmacher haben die politische Wissenschaft schon immer frappt. Bodo Zeuner: „Die bei den Parteien verbreitete Unsicherheit über die Qualitäten, die ein Bundestagsabgeordneter haben sollte, kann durchaus als Ausdruck der Unsicherheit über das parlamentarische System überhaupt verstanden werden.“

Gerhard Loewenberg, amerikanischer Autor eines Standard-Werkes über den Deutschen Bundestag, sieht darin „die Diskrepanz zwischen den



SPD-Reimer Garbe
... nicht die Spur einer Chance

veränderten Funktionen des Parlaments und der mangelnden Kenntnisnahme dieser Veränderungen durch jene Gruppen, die die Kandidaten auswählen“.

Die Einführung eines Mehrheitswahlrechts — wie sie im Dezember 1966 zwischen CDU/CSU und SPD fest vereinbart war — würde die Gefahr, daß der Bundestag am Ende eine Versammlung von Dorf-Honoratioren und Kleinstadt-Funktionären wird, noch vergrößern. Denn dann käme nur in den Bundestag, wer in einem Wahlkreis die relative Stimmenmehrheit erhält, und das gäbe den Lokal-Matadoren mit örtlichem Wähler-Appeal starkes Übergewicht. Als Korrektiv müßte dann den Parteispitzen — nach englischem Vorbild — ein Vorschlags- und Vetorecht bei der Kandidaten-Nominierung eingeräumt oder eine — rechtlich umstrittene — Bundesliste geschaffen werden.

Beim geltenden Wahlsystem sind es die Landeslisten, die den Bundestag vor allzuviel Provinz schützen. Über sie haben die Parteizentralen wenigstens bei der Hälfte der Kandidaten die Möglichkeit, für die Wahlwerbung benötigte Vertreter von Interessengruppen zu präsentieren.

So werden etwa in den großen Bundesländern die Listen in Gruppen-Kontingente aufgeteilt, über deren Besetzung die Gruppen dann weitgehend autonom bestimmen. Bei den Sozialdemokraten erfolgt die Aufteilung nach regionalen Parteigliederungen, bei den Christdemokraten nach Interessenverbänden (siehe Graphik Seite 43).

Wer allerdings über den Listenplatz einer Gruppe zum CDU-MdB avanciert, ist zu loyaler Lobby für seine Interessenten verpflichtet. Denn über seine Wiederaufstellung als Kandidat entscheidet nicht die Partei, sondern der Verband. So wurde in diesem Jahr das CDU-MdB Karl-Heinz Exner, 49, von den christlichen Sozialausschüssen fallengelassen und verlor prompt seinen Platz auf der nordrhein-westfälischen Landesliste.

Bei diesem christlichen Proporz-System rücken viele CDU-Kandidaten in den Bundestag ein, die in keinem Wahlkreis kandidieren und auch sonst der Partei-Basis kaum verbunden sind. Allein 21 der 50 aussichtsreichen CDU-Kandidaten auf der nordrhein-westfälischen Landesliste haben keinen eigenen Wahlkreis.

Anders bei der SPD: Die Listen dienen den Sozialdemokraten fast ausschließlich dazu, Direktkandidaten aus hoffnungslosen Wahlkreisen abzusichern. Nur fünf der ersten 50 Bewerber auf der nordrhein-westfälischen SPD-Liste haben keinen eigenen Wahlkreis — darunter Parteichef Willy Brandt, der IG-Bergbau-Vorsitzende Walter Arendt und Herbert Hupka, der als Sprecher der Schlesier anstelle des BdV-Präsidenten Rehs Vertriebenen-Stimmen für die SPD einfangen soll.

Die Partei der Zopfabschneider, die „F. D. P.“, die allein über Landeslisten



Kandidaten-Aufstellung der SPD (in Hamburg): „Wir sind die Richtigen“

identisch, die Jusos favorisierten keinen von ihnen.

Gewählt wurde Schmude, der im zweiten Wahlgang Jakubowski mit 57 zu 34 Stimmen schlagen konnte.

Zwar machte der berufliche Erfolg allein auch diesmal keinen Kandidaten, doch er wog immer schwerer als etwa der Rückhalt in Interessenverbänden und außerparteilichen Organisationen.

So war der Kandidaten-Frühling 1969 eine schlechte Saison für die ambulanten Verbandsfunktionäre, die eine schnelle Chance zur Nominierung nützen wollten.

Im Wahlkreis 71 Solingen glaubte der in Köln stationierte Geschäftsführer des Deutschen Industrieinstituts, Günter Triesch, Propagandist der Arbeitgeber, eine günstige Parteilücke bei der CDU erspäht zu haben. Er verlor den Kampf glatt gegen eine Lokalgröße der Partei.

Die spontane Aversion der meisten Wahlkreise gegen aufgedrängte Lobbyisten zeigte auch der Fall des Professors Matthias Schmitt im Wahlkreis 139 Hanau.

Die Partei-Oberen von Hanau-Stadt, Hanau-Land und Gelnhausen hatten sich beschwätzen lassen, den Industriemann Schmitt, 55, Marketing-Professor und Vorstandsmitglied der AEG-Telefunken, zu ihrem Kandidaten zu machen.

Weil Hanau aber fest in SPD-Hand ist, hatte Schmitt den sicheren Platz neun der hessischen CDU-Landesliste anvisiert. Als der Landesparteitag ihn nur auf Platz 20 setzte, verlor der große Mann die Lust. Allein für die Partei zu kämpfen schien ihm unzumutbar. Er legte seine Kandidatur nieder.

Kandidaten von Schmitts Couleur, wenn auch nicht Jahrgang, wird es am 28. September dennoch mehr als genug geben. Im Parlamentsjahrgang 1969 hat der Typ des politischen Unternehmers seinen Durchbruch geschafft: 30 bis 40 Jahre alt, agil und alert, pragmatisch und erfolgreich im Beruf.

Die etwa 150 bis 180 Neulinge von 1969 haben kräftige Ellenbogen. Sie besitzen politischen Ehrgeiz und bekennen sich dazu:

▷ Günther Metzger, 36, SPD-Kandidat im Wahlkreis 145 Darmstadt: „Politik muß mehr als bisher um der Sache willen betrieben werden. Das geht nicht ohne Ehrgeiz, nicht ohne das Streben nach Macht“;

▷ Georg Göller, 29, CDU-Kandidat in Speyer: „Der Dienst am Mitmenschen läßt sich durchaus mit einer Portion Ehrgeiz und mit einem unkomplizierten Verhältnis zur Macht verbinden.“

Doch der „skeptischen Generation“ (Soziologie-Professor Helmut Schelsky) der Machtheimer ist auf dem Weg an die Bonner Schalthebel bereits ein neuer Gegner erwachsen. Ihre um zehn Jahre jüngeren, ideologiefähigen Brüder wollen sie am Vaternord hindern.

Peter Corterier, 33, Rechtsanwalt in Karlsruhe und dortiger Kandidat der

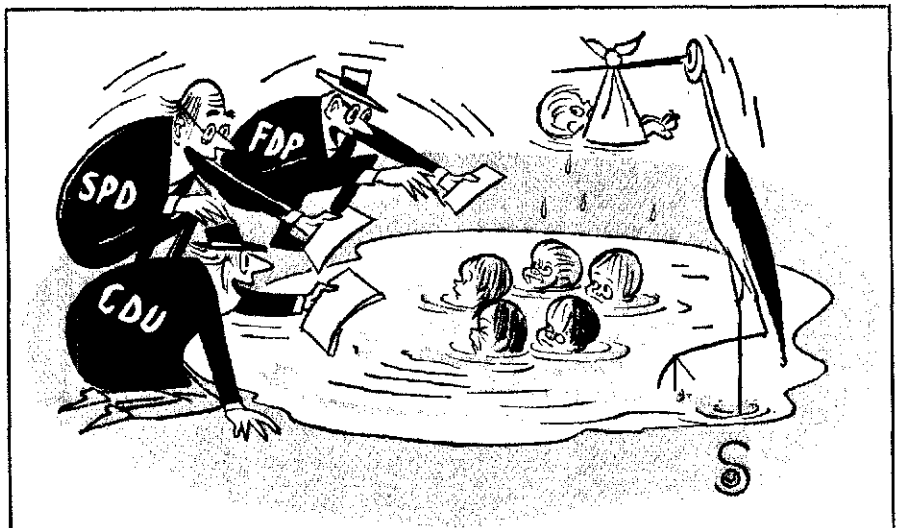
SPD, Bundes-Juso-Chef und Mitglied des Bonner Parteivorstands: „Die Generation der 30- bis 40jährigen wird ihre Überzeugung, daß Weltanschauungen aller Art uns nicht weiterbringen werden, gegenüber nicht wenigen 20jährigen zu verteidigen haben.“ In diesen nämlich sieht Alt-Juso Corterier „wildgewordene Neo-Marxisten und Anarchisten“ mit Ideen aus der Mottenkiste des 19. Jahrhunderts.

Die Jüngsten der Jusos fanden es daher ratsam, sich zuweilen mit den Großvätern zu verbünden und die Altherren so lange amtierend zu lassen, bis sie selbst stark genug sein würden, Ansprüche auf die Nachfolge anzumelden. Im Wahlkreis 6 Kiel verhalten die Jusos zum Beispiel dem bisherigen Abgeordneten Dr. Hans Müthling, 67, zum Sieg über Dr. Emil Bandholz, 57. Der Erbstreit wurde zugunsten der Jüngsten vertagt.

Der CDU-Nachwuchs griff zur gleichen Strategie. In ihrer Monats-Postille „Civis“ entdeckten die Unions-Junioren plötzlich die Unersetzlichkeit der alten Parlamentskämpfer: „Es könnte sein, daß die Jüngeren zu spät kommen, weil die Älteren zu früh gehen.“

Die Klügsten der Mittleren haben das Problem inzwischen erkannt. Die CDU-Jungstrategen um den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl, 39, haben sich ein „Rotationssystem“ ausgedacht. Kohls Pressereferent Hanns Schreiner: „Wir können die Verjüngung nur durchhalten, wenn der Rücktritt normal und hoffähig gemacht wird. Sonst haben junge Leute in den nächsten 20 Jahren keine Chance für den Aufstieg. Zwei Legislaturperioden für einen Abgeordneten sind normal.“

Die halbtrockene Parlaments-Auslese der mittleren Jahrgänge hält sich jedoch für unbegrenzt lagerfähig. „Ich glaube“, so urteilt Parlamentsaspirant Dr. Erich Riedl, „ich kann für alle sagen, soweit wir Kandidaten für den Bundestag sind, wir gehen davon aus, daß wir die richtigen Leute sind.“



„Wollt ihr nicht Abgeordnete werden?“

Bild-Zeitung